

Landkreis Leipzig: Parteichefs äußern sich zu Corona-Protesten

Die Kreisvorsitzenden von SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei kritisieren die zunehmende Radikalisierung unter Corona-Gegnern im Landkreis Leipzig. Der Fackelaufmarsch vor dem Privathaus von Gesundheitsministerin Petra Köpping wird aufs Schärfste verurteilt.



Landkreis Leipzig In einer gemeinsamen Erklärung haben die Kreisvorsitzenden von SPD (Markus Bergforth), FDP (Stephan Mielsch), Linkspartei (Jens Kretschmar) sowie die neu gewählte Sprecherin der Bündnisgrünen im Landkreis, Diane Apitz, die zunehmende Radikalisierung der Corona-Proteste kritisiert. „Die derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, die besonders in Sachsen gerade tagtäglich Menschenleben fordert, sind aus unserer Sicht

notwendig. Wir stehen in weiten Teilen hinter den Maßnahmen, welche die Sächsische Landesregierung festgelegt hat“, heißt es in der von den Kreisvorsitzenden unterzeichneten Erklärung.

„Rechtsextreme tummeln sich unter dem Deckmantel von Demonstrationen“

Legitim sei, diese Maßnahmen zu diskutieren und sachlich zu kritisieren. „Dieser Diskurs ist Grundlage unserer Demokratie. Das politische Ringen um die beste Lösung ist ein tragfähiges Fundament für unsere Demokratie.“ Unter dem Deckmantel von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen würden sich aber zunehmend Rechtsextremisten und Verschwörungstheoretiker tummeln. „Diesen Menschen geht es nicht mehr um die politische Auseinandersetzung über die Maßnahmen, um die Wahrnehmung der Versammlungs- oder Demonstrationsfreiheit, sondern um den Angriff auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung“, so die Vertreter der vier Parteien.

Aufmarsch vor Köppings Privathaus trug „faschistoide Züge“

Mit großer Bestürzung und Sorge habe man den Aufmarsch vor dem Privathaus der sächsischen Staatsministerin zur Kenntnis genommen. „Dieser Aufmarsch vor dem privaten Haus von Petra Köpping in Grimma ist, wie die zahlreichen anderen Bedrohungen und psychischen oder sogar physischen Angriffe auf Mandatsträger, Vertreter von staatlichen Einrichtungen, Vereinen und sozialen Diensten sowie Journalisten, für uns mit den demokratischen Grundwerten nicht vereinbar. Diese Personen, die mit Trommeln, Fackeln und Trillerpfeifen vor dem Haus von Frau Köpping standen, haben den Boden des demokratischen Diskurses schon längst verlassen.“ Man verurteile den Aufmarsch aus Schärfe. Er trage, heißt es in der Erklärung, „faschistoide Züge“.

CDU will zu Gesprächen einladen

Der CDU-Kreisvorsitzende Georg-Ludwig von Breitenbuch hatte sich in einem separaten Statement zu dem Aufmarsch in Grimma geäußert: „Hier soll Drohung und Einschüchterung erfolgen, das lehnen wir aufs Schärfste ab. Aller Anstand und politische Kultur sind verloren, und alle Bürger können sich vorstellen, was in unserem Land und mit ihnen passiert, wenn diese Fackelträger an die Macht kommen sollten.“ Die CDU werde zu Gesprächen einladen, „um nicht zu spalten, sondern um Brücken in der aufgeheizten Grimmaer Situation zu bauen und sachlich die Fragen und Sorgen zu klären. Wenn man will findet sich immer ein Weg aufeinander zu“.

Von sp